



# KALK KONKRET



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei im Stadtbezirk 8 (Kalk)

## Höheres Wohngeld seit dem 1. Januar

Mit dem „Gesetz zur Reform des Wohngeldrechts und zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes“, das seit dem 1. Januar 2016 gilt, erhalten viele Kölner ein höheres Wohngeld. So wurden die Einkommensobergrenzen angehoben, bis zu denen Wohngeld gezahlt wird. Auch die Mietobergrenze wurde erhöht: Bisher galt für einen Ein-Personen-Haushalt zum Beispiel eine Grenze von 385 Euro. Diese wurde zum 1. Januar auf 407 Euro angehoben. Endlich wurde anerkannt, daß die Mieten in Köln zu den teuersten in Deutschland gehören. Es gilt nun die höchste Mietenstufe in Köln. Es wird geschätzt, daß von dem neuen Gesetz rund 10.000 Kölner Haushalte profitieren werden. 6.500 durch eine Erhöhung des Wohngelds, 3.500, die es erstmals (oder wieder) beziehen können.

### Fehlender Bescheid? Reklamation!

Über die Wohngelderhöhung werden Bescheide verschickt. Fehlt dieser ist dies zu reklamieren! Einen Wermutstropfen gibt es jedoch: Auch in Zukunft steigt das Wohngeld nicht automatisch mit der Steigerung der Mieten. Immerhin ist alle zwei Jahre eine Überprüfung vorgesehen.



Millionengrab Kalkberg.

Foto © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0  
(via Wikimedia Commons)

## Absacker des Jahres Der Hubschrauberlandeplatz Kalkberg

**KALK.** Wie es ist, wenn man eine Betonplatte auf einen vergifteten Pudding legt, muß derzeit die Kölner Feuerwehr erleben. Die ist bekanntlich Bauherr des Hubschrauberlandeplatzes und einer Aussichtsplattform auf dem Kalkberg, dem „Monte Kalk“. Die Fertigstellung des Projekts, das von vielen Anwohnern Kalks und der Umgebung wegen der zusätzlichen Lärmbelästigung abgelehnt wird, muß derzeit verschoben werden. Die Bodenplatten des Verwaltungsgebäudes und des Hangars haben sich abgesenkt und im Mauerwerk und in der Bodenplatte haben sich Risse gebildet. Derzeit ist ein Baustopp verfügt. Im Mai wird der Stadtrat entscheiden wie es weitergeht. 13 Millionen Euro hat das

Kalkberg-Projekt bisher gekostet. Es ist zu befürchten daß noch viel mehr Geld für dieses Bauprojekt verpulvert wird. Der Weiterbau inklusive Sanierungsmaßnahmen wird noch viele weitere Millionen Euro verschlingen.

### Alternative Naherholungsgebiet

Die DKP Kalk hatte schon in den 1980er Jahren gefordert, den Kalkberg zum Naherholungsgebiet zu machen. Denn an Grünanlagen mangelt es im Veedel. Vorausgesetzt natürlich, die Chemiehalde stellt nicht doch eine gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung in der Umgebung dar. Die DKP Kalk hält an ihrer damaligen Forderung fest!



## Wir über uns

Die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht in der Tradition der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die Konrad Adenauer zwölf Jahre zuvor verbieten ließ. Das Ende des Sozialismus in Europa war auch für uns ein tiefer Einschnitt, von dem wir uns allmählich wieder berappeln.

Die DKP hat heute in Ost und West mehrere tausend Mitglieder, in den letzten Jahren nimmt die Zahl der Neueintritte vor allem Jüngerer zu. Ziel der DKP ist letztlich eine sozialistische Welt, in der Ausbeutung und Krieg abgeschafft sind. Wer sich gegen den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und für eine friedliche Welt einsetzen will, findet seine Mitstreiter in der DKP. In Köln ist die DKP in fünf Parteigruppen organisiert und in allen Stadtbezirken präsent. Unsere Mitglieder wirken in den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, antifaschistischen Initiativen und sozialen Bewegungen mit. Besonders eng arbeiten wir mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen.

### DKP in Kalk

Im ehemals stark industrialisierten Kalk hat die kommunistische Bewegung eine lange Tradition. Lange galt der Stadtteil als Hochburg der KPD und später der DKP. Und auch hier wollen wir wieder stärker werden. Seit September 2010 geben wir mit der „Kalk Konkret“ wieder eine eigene Zeitung heraus. Wir freuen uns über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter, denn gegen die Zumutungen des entfesselten Kapitalismus können wir uns nur gemeinsam wehren.

Wir treffen uns regelmäßig - Gäste und Interessierte sind willkommen! Bitte aktuelle Termine per E-Mail an [dkpkoelnkalk@gmx.de](mailto:dkpkoelnkalk@gmx.de) erfragen.

## Der türkische Staat und der IS



Die kurdische YPG ist wichtige Kraft gegen den IS.

Im vergangenen Dezember präsentierte das russische Verteidigungsministerium den Weltmedien in einer detaillierten Bilderschau Fotos, die über die Fahrt von Öl-Tank-lastern aus den vom „Islamischen Staat“ (IS) kontrollierten Gebieten über Irakisch-Kurdistan in die Türkei beweisen sollen. Im Nordirak stellen die Behörden des türkischen Lakaien Masud Barzani die nötigen Papiere aus, um das IS-Öl als irakisch zu deklarieren und auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Danach geht das Öl an die türkischen Mittelmeerhäfen und auf die Weltmeere.

### Öl ist wichtige Einnahmequelle für die IS-Terroristen

Der Handel mit Öl, geraubten Antiquitäten und mit Geiseln stellen die Haupteinnahmequellen des IS dar. Mit der Unterstützung dieser Geschäfte durch die Türkei ist das NATO-Mitglied für das Erstarken und die Ausbreitung des IS mitverantwortlich. Gleich nach Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Syrien im Jahr 2011, die in dem blutigen Bürgerkrieg mündeten, hatte sich Erdogans Regierung auf

die Seite jener Kräfte gestellt, die die säkulare Syrische Republik zerschlagen wollen. Ob bei der medizinischen Versorgung verletzter IS-Kämpfer in der Türkei oder der Rekrutierung von Dschihadisten im eigenen Land drückte die türkische Staatsmacht beide Augen zu. Erdogan würde es lieber sehen wenn in Damaskus ein sunnitische Regime herrschen würde. Genau wie es der IS-Chef in Rakka auch vorhat.

### Nibelungentreue zu Erdogan

Doch Berlin und Brüssel stehen in Nibelungentreue zu Erdogan. Weder dessen Unterstützung des IS noch sein barbarischer Krieg gegen die Opposition im eigenen Land stört sie. Mehr als zweifelhaft ist auch, daß die EU enorme Summen an die Türkei übergibt um Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak aufzuhalten.

Die Waffenbrüderschaft, die Kapitalinteressen und die Verwaltung ihrer Geopolitik stehen über Allem. Dabei ist die Türkei längst selbst zum Ziel des Terrors des IS geworden. Daher ist die Haltung der türkischen Staatsmacht in Bezug auf den IS mehr als widersprüchlich.

## CETA-Abkommen: Kommunen haften mit

Die Europäische Union (EU) will mit Kanada das umstrittene Handelsabkommen CETA abschließen. Im Dezember bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium, dass Länder und Kommunen bei CETA-Schiedsgerichtsfällen mithaften.

### Städte und Gemeinden: Strafen drohen

Dies bedeutet, dass dadurch im Falle verlorenen Schiedsgerichtsverfahren die 16 Bundesländer und die Kommunen mit Strafzahlungen rechnen müssen! Besonders brisant ist derzeit, dass im CETA sogar eine „vorläufige Anwendung“ vorgesehen ist. Dadurch können bestimmte Teile des Abkommens bereits vor der Ratifizierung dieses Vertragswerkes völkerrechtlich bindend in Kraft gesetzt werden. Dazu gehören ausgerechnet diese umstrittenen Konzernklagerechte. Die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström will laut „Greenpeace“ diese Möglichkeit nutzen, um unter Umgehung der Parlamente völkerrechtliche Tatsachen zu schaffen. Und die Bürger sollen zahlen!

### Petition gegen CETA

Die DKP lehnt Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP & Co. ab. Mehr als 142.341 Menschen (Stand vom 20.02.2016) haben bislang schon die Petition gegen CETA unterschrieben. Unterstützen auch Sie diese Petition, im Internet auf [www.change.org](http://www.change.org) (Petition „Bürgerklage gegen CETA“, auffindbar über die Suchmaske).

**change.org**

## Prekäre Beschäftigungsverhältnisse: Werkverträge stoppen!

Der DGB hat sich Mitte Januar auf einer Klausurtagung auch mit dem Gesetz gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit befasst. Die Einführung eines solchen Gesetzes ist im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung festgeschrieben. DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann fordert, daß ein solches Gesetz noch im ersten Halbjahr 2016 verabschiedet werden muss. Bisher kannten wir Werkverträge zum Beispiel in Krankenhäusern (Reparaturen oder

Baudienstleistungen). Jetzt ziehen die Werkverträge auch in die Pflege, Küche und PatientInnenversorgung ein.

Immer mehr Beschäftigte, auch aus höher qualifizierten Berufsgruppen, werden in tariflose Tochterfirmen, sog. Servicegesellschaften, ausgegliedert. Das Krankenhaus besteht in der Folge aus zahlreichen Einzelgesellschaften, die zum gleichen Konzern gehören. Dies gilt auf für andere Branchen. In Teilbereichen der

Lebensmittelindustrie sind nur noch ein Fünftel der Beschäftigten direkt beim Unternehmen beschäftigt. Seit einigen Jahren stellen die Gewerkschaften fest, dass Werkverträge vermehrt benutzt werden, um Löhne zu drücken, Arbeitnehmerrechte zu unterlaufen und die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretungen auszuhebeln. Damit muß Schluss sein: Die DKP fordert ein Verbot von Werkverträgen und Zeitarbeit!

# JETZT ERST RECHT: Kölner Willkommensinitiativen nehmen Stellung



*Wir dokumentieren an dieser Stelle eine Erklärung zahlreicher Kölner Willkommensinitiativen, die nach den Silvester-Ereignissen verabschiedet wurde. Aus Kalk ist z.B. die Initiative "Willkommen in Brück" dabei.*

Wir sind fassungslos und erschrocken über die sexuellen Attacken auf Frauen und die Raubüberfälle in der Silvesternacht.

Wir sind wütend, wie diese Ereignisse (und damit auch die Opfer) benutzt werden, um rassistische Haltungen und Übergriffe salonfähig zu machen.

Wie es zu diesen schrecklichen Ereignissen kam, ist noch nicht geklärt. Ob sie zu vermeiden gewesen wären, werden wir wahrscheinlich nie erfahren. Als Gesellschaft sollten wir aus ihnen lernen. In unserer Arbeit mit geflüchteten Menschen haben wir gelernt, Unterschiede wahrzunehmen. Unterschiede, die beleben und bereichern, aber manchmal auch

Unterschiede, die verstören. Die Welt ist nicht schwarz-weiß. Diejenigen, die neu zu uns kommen sind Menschen wie wir. Menschen, die aus größter Not zu uns kommen benötigen unseren Schutz. Sicher gibt es auch Menschen, die sich die Not und unsere Hilfsbereitschaft zu Nutze machen wollen, zum Schaden anderer. In unserem Engagement darf uns das nicht behindern.

Wir glauben, dass Ängste nur durch vielfältige Möglichkeiten der Begegnung abgebaut werden können. Dies ist in Massenunterkünften mit mangelnder hauptamtlicher Betreuung nicht möglich.

Wir fühlen, dass es in Sachen Zuwanderung keine schnellen Antworten gibt. Kenntnis führt aber zu mehr Verständnis, auf beiden Seiten.

Die Entwicklungen der letzten zwei Wochen bestätigen uns in der Gewissheit, dass Integration der richtige Weg ist.

## **Wir fordern:**

- menschenwürdige Unterbringungen für Geflüchtete. Massenunterkünfte schüren Aggression, Frustration und kriminelle Strukturen.
- Begegnungsstätten, die ein Miteinander fördern.
- ein Sozial- und Bildungsprogramm, mit gleichen Chancen für alle.

Durch Zukunftsperspektiven – nicht nur für Geflüchtete – schützen wir uns vor Hass und Gewalt. Dadurch schaffen wir langfristig Sicherheit, nicht durch Gegengewalt und Abschottung.

Wir glauben weiter an ein friedvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft auf der Basis gemeinsamer Werte in einem weltoffenen Köln und sagen: **JETZT ERST RECHT!**